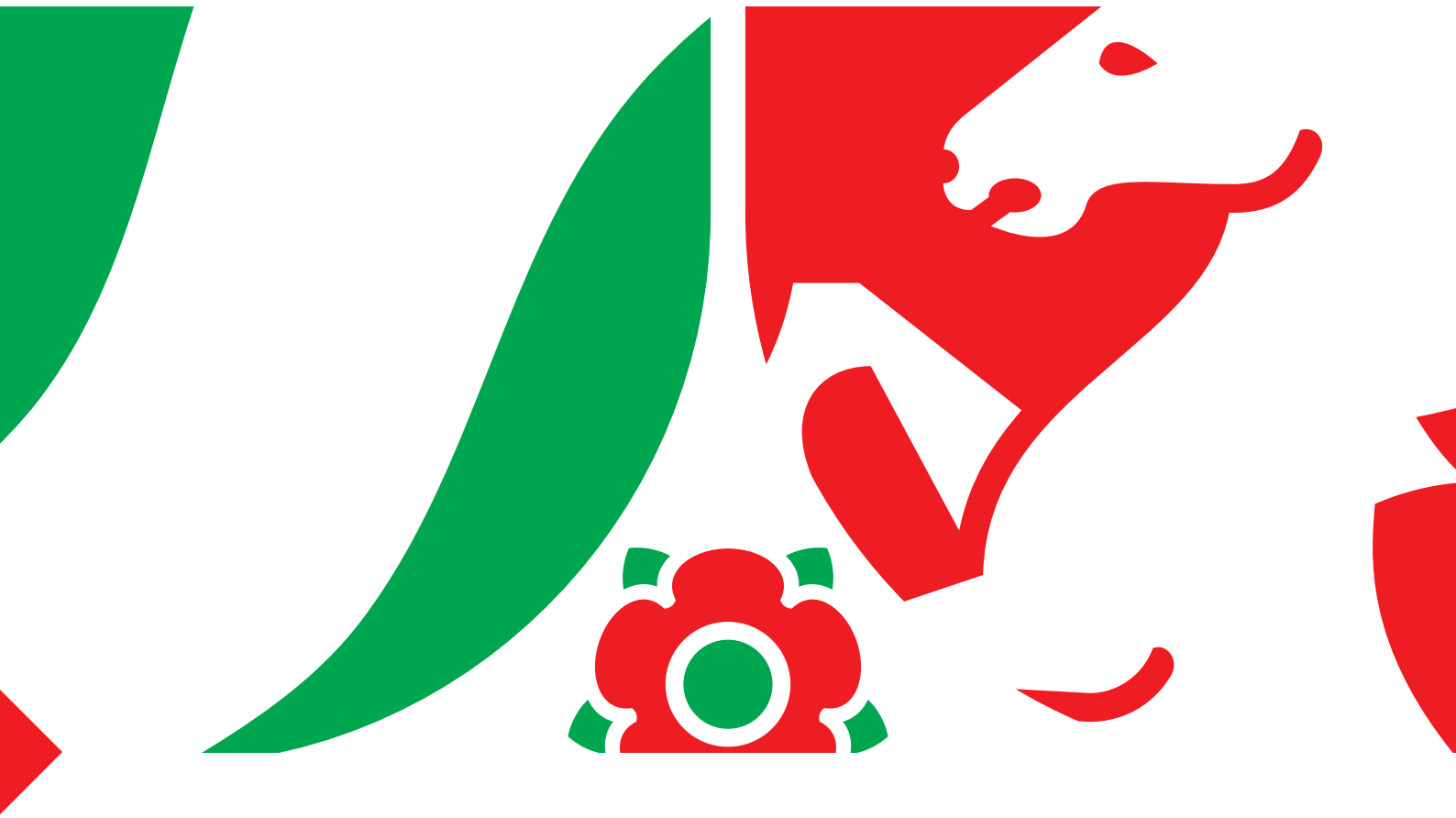




Aktivierung und gesellschaftliche Teilhabe durch Sozialhilfe.
Workshop im Rahmen des Handlungskonzeptes gegen Armut
und soziale Ausgrenzung.

Tagungsdokumentation

Begrüßung und Eröffnung

Dr. Axel Bürger, MAIS NRW	6
---------------------------------	---

Aktivierung in der Sozialhilfe – Prozesse optimieren – Sozialhilfepraxis gestalten

Bericht aus dem 2009 beendeten gleichnamigen Projekt Martina Schu, FOGS GmbH	9
---	---

Innovative Organisationskonzepte in der Sozialhilfepraxis

Anforderungen an die Vernetzung sozialer Dienstleistungen Prof. Dr. Claus Reis, Fachhochschule Frankfurt a.M.	18
---	----

Ergebnisse der schriftlichen Umfrage

Ralf Sommer, MAIS NRW	28
-----------------------------	----

Spotlights aus den Kommunen

Kreis Düren

Elke Ricken-Melchert	33
----------------------------	----

Stadt Münster

Thomas Schulze aufm Hofe und Kristina Lichte	44
--	----

Ergebnisse der Arbeitsgruppen

Arbeitsgruppe 1: Ergebnissicherung von Frau Schu	50
---	----

Arbeitsgruppe 2: Ergebnissicherung von Herrn Kalle	52
---	----

Arbeitsgruppe 3: Ergebnissicherung von Herrn Dr. Stöpel	58
--	----

Schlusswort und Ausblick

Dr. Axel Bürger, MAIS NRW	60
---------------------------------	----

Ausklang	62
-----------------------	----

Anlage

Arbeitshilfe des Deutschen Vereins zur Wahrnehmung der Aufgaben nach §§ 11, 12 SGB XII, insbesondere bei der Hilfe in materiellen Notlagen (3. und 4. Kapitel SGB XII)	64
---	----



Eröffnungsrede

Dr. Axel Bürger, MAIS NRW

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Workshops,

im Namen des Ministers für Arbeit, Integration und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen darf ich Sie recht herzlich hier in Düsseldorf begrüßen. Ich freue mich, dass das Interesse an diesem wichtigen Thema groß ist und Sie der Einladung des Ministeriums so zahlreich gefolgt sind.

Der Sozialbericht unseres Landes aus dem Jahre 2012 hat gezeigt: Die Schere zwischen Haushalten mit hohem und niedrigem Einkommen ist weiter auseinandergegangen. Zahl und Anteil der Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung bedroht sind, ist trotz der positiven Entwicklung von Wirtschaft und Arbeitsmarkt gewachsen.

Das macht sich vor allem auf kommunaler Ebene in den unterschiedlichen Lebenslagen im Quartier bemerkbar. Dieser Entwicklung will die Landesregierung entgegentreten.

Hierzu darf ich die Ministerpräsidentin zitieren, die angekündigt hat: „Die sich weiter öffnende Schere zwischen Arm und Reich muss sich wieder schließen.“ Die Landesregierung NRW hat sich zur Aufgabe gemacht, in diesem Jahr ein umfassendes bis 2020 angelegtes Handlungskonzept gegen Armut und soziale Ausgrenzung zu erarbeiten. Sie will die Armutsvermeidung ausbauen und die Entwicklung von Präventionsketten unterstützen, um die betroffenen Menschen in ihren Sozial- und Lebensräumen besser zu erreichen.

Unser Handeln ist vorbeugend und sozialraumorientiert. Es ist auf benachteiligte Personengruppen und Lebenslagen ausgerichtet.

Dabei ist das Thema drohende Altersarmut wieder verstärkt in das Blickfeld der Politik gerückt. Zur Bekämpfung drohender Alters-

armut wird sich die Landesregierung dafür einsetzen, dass auf dem Arbeitsmarkt die Voraussetzungen zum Erwerb ausreichender Rentenansprüche für Frauen und Männer verbessert werden.

Zugleich ist es erforderlich, dass das Rentenniveau nicht weiter sinkt und dass im Rentenrecht wirksame Maßnahmen zur Bekämpfung von Altersarmut ergriffen werden. Am Ende eines langjährigen Arbeitslebens muss eine deutlich über der Armutsgrenze liegende Rente stehen. Sonst sind die Akzeptanz und so auch die Existenz des bestehenden Alterssicherungssystems gefährdet.

Für ältere Menschen müssen darüber hinaus Rahmenbedingungen geschaffen und gesichert werden, die – geschlechtergerecht und kultursensibel – eine selbstbestimmte Lebensführung ermöglichen.

Gerade ältere Menschen haben in der Regel nur noch wenige Möglichkeiten und Ressourcen, Armut aus eigener Kraft zu überwinden.

Typisch für die Situation von Menschen in prekären materiellen Notlagen ist die enge Verzahnung und Kumulation wirtschaftlicher, sozialer und persönlicher Probleme. Überschuldung, schlechte Wohnverhältnisse, Suchtprobleme, komplizierte familiäre Verhältnisse sind nur einige beispielhafte Probleme, mit denen die Beraterinnen und Berater bei öffentlichen und freien Trägern auch weiterhin zu tun haben.

Diese Erkenntnis hat uns dazu bewegt, dass wir im September dieses Jahres eine schriftliche Umfrage zum Thema Aktivierung und gesellschaftliche Teilhabe durch Sozialhilfe durchgeführt haben. Für die vielen Rückmeldungen möchte ich mich bei allen beteiligten Trägern der Sozialhilfe an dieser Stelle herzlich bedanken. Die Rücklaufquote von über 90 % der eingegangenen Antworten und die Vielzahl der vor Ort

entwickelten und praktizierten Aktivierungsansätze und -konzepte zeigen und bestätigen unsere Vermutung, dass die Kommunen bereits auf einem guten Weg sind. Für uns ist dies auch ein Zeichen dafür, dass wir mit diesem Thema einen wichtigen Impuls zum richtigen Zeitpunkt setzen.

Den heutigen Workshop möchten wir nutzen, um Ihnen einige „Spotlights“ aus den Kommunen vorzustellen und einen landesweiten Kommunikations- und Transformationsprozess einzuleiten. Erfahrungen sollen systematisiert und ein interkommunaler Austausch geschaffen werden. In erster Linie geht es um die Frage, was wir unter dem Begriff „Aktivierung“ verstehen?

Im Vordergrund steht dabei nicht die Versorgung mit materiellen Leistungen, sondern nach dem Leitbild der Sozialhilfe die Unterstützung und Begleitung. Diese soll die Sozialhilfeberechtigten in die Lage versetzen, sich möglichst selbst zu helfen, und sie aktiv dabei unterstützen und dadurch gesellschaftliche Teilhabe ermöglichen. Es geht also um die „Hilfe zur Selbsthilfe“. Ein aktiver und aktivierender Sozialstaat muss daher die Selbsthilfekräfte seiner Bürgerinnen und Bürger fördern und stärken.

Hilfe, um ein Leben in Menschenwürde zu führen, bedeutet aber auch, den Personen, die die Sozialhilfebedürftigkeit auf absehbare Zeit nicht überwinden können, Möglichkeiten und Perspektiven in der Sozialhilfe zur Bewältigung ihrer Lebenssituation aufzuzeigen.

Hierbei geht es um die Herstellung von Chancengleichheit und Teilhabemöglichkeiten und die Befähigung, das Leben nach eigenen Zielen zu gestalten.

Es geht nicht um Hilfe, die bevormundet, sondern um Hilfen zum selbständigen Leben.

Gerade in Zeiten knapper Ressourcen und Kosteneinsparungen reden wir nicht über

„Mehr“ oder „Weniger“ an sozialen Angeboten, sondern, meine Damen und Herren, es ist vor allem eine Frage, „wie“ die (teilweise) bereits bestehenden Angebote zukünftig besser eingesetzt werden können.

Im Sinne von passgenauen Hilfen und Vermeidung von Folgekosten macht dies auch aus Kostengesichtspunkten Sinn.

Exemplarisch sei hier ein Blick auf den Bereich Pflege gestattet und die hier bestehenden markanten Unterschiede bei den Kosten für ambulante und stationäre Betreuung. Die Vermeidung stationärer Aufenthalte durch die Implementierung eines Fallmanagements und die Gewährung von passgenauen ambulanten Hilfen kann sowohl für den betroffenen Leistungsberechtigten als auch den Kostenträger vorteilhaft sein. Ähnliche Beispiele lassen sich für andere Hilfearten anführen.

Gerade im Bereich der Eingliederungshilfe für Menschen mit Behinderungen haben wir mit dieser Umsteuerung von stationären hin zu ambulanten Angeboten und Settings bundesweit beachtete Erfolge erzielt.

Meine Damen und Herren, es geht um Konzepte und Instrumente für eine effektive und effiziente Leistung. Dieses Ziel hat die Landesregierung bereits zu Zeiten des BSHG (Bundessozialhilfegesetzes) mit Projekten wie „Sozialbüros“, „Integrierte Hilfe zur Arbeit“, „Pauschalierung in der Sozialhilfe“ sowie die „Sozialagenturen“ verfolgt.

Die Landesregierung will auch die verdeckte Armut bekämpfen. Jeder, der Anspruch auf Hilfen hat, soll diese auch erhalten. Es ist nachhaltiges

Ziel unseres Hauses, Menschen in prekären Lebenslagen eine menschenwürdige Lebensführung und die gesellschaftliche Teilhabe zu ermöglichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir müssen uns gemeinsam für den Ausbau des bürgerschaftlichen und ehrenamtlichen Engagements der älteren Menschen einsetzen.

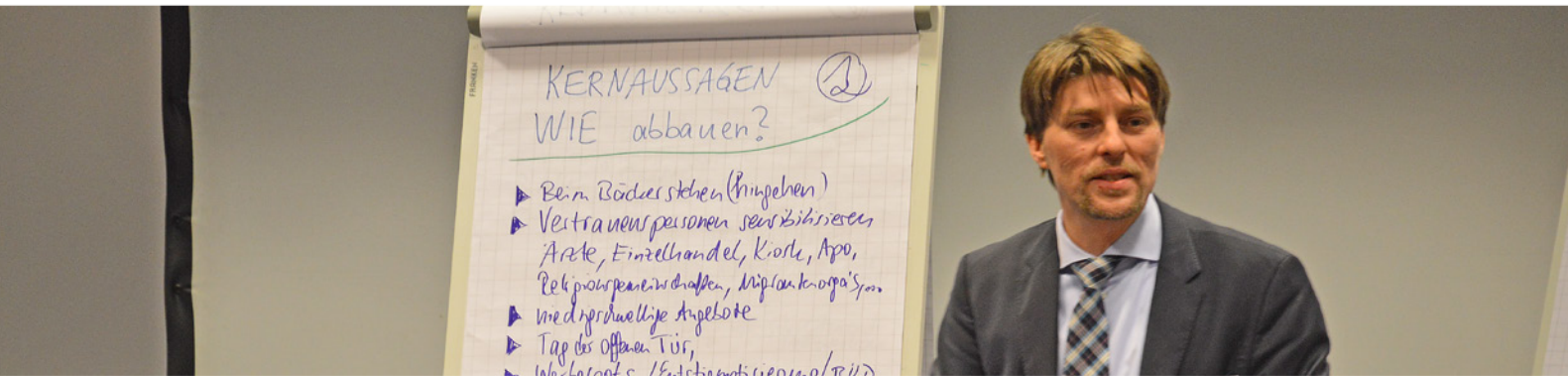
Es geht um die Mitwirkung an der politischen Willensbildung in den Städten und Gemeinden und die Stärkung der Quartiere sowie um die Frage, wo sich ältere Menschen, hier vor allem die SGB XII-Leistungsbezieher engagieren können oder wie bürgerschaftliches Engagement für SGB XII-Leistungsberechtigte genutzt werden kann.

Wir wollen gemeinsam mit Ihnen nach Ideen und Wegen suchen, wie wir die Menschen, die ihre Ansprüche (noch) nicht (voll) geltend machen, am besten erreichen.

Kommunikation ist etwas Gegenseitiges. Daher geht es heute nicht nur darum, dass wir und unsere Referenten für Fragen zur Verfügung stehen, sondern dass auch wir von Ihnen etwas erfahren.

Ob und wie Sie zum Beispiel aktivierende Hilfen in Ihrem Sozialamt umsetzen und das Phänomen der sogenannten „verdeckten Armut“ vor Ort wahrnehmen.

In diesem Sinne darf ich mich für Ihre Arbeit und Ihr Engagement auch im Namen des Sozialministers bedanken und wünsche dem heutigen Workshop in Düsseldorf ein gutes Gelingen.



Ergebnissicherung Arbeitsgruppe 2: Gemeinsam gegen die versteckte Armut Stefan Kalle

**Fragestellungen im Café „Gemeinsam die versteckte Armut aufdecken und abbauen“:
Jeder Kernfrage sind 3–4 Leitfragen zugeordnet:**

1. Durchgang: WEN wollen wir erreichen?

- Bilanz/Erfahrungen
- Was ist verdeckte/verschämte/versteckte Armut?
- Welchen Personenkreis wollen wir erreichen?
- Wie erreichen wir den Personenkreis (bisher)?
- Wie schätzen Sie das Problem vor Ort ein? (Bedarfe, Trends)

2. Durchgang: WIE abbauen – Lösungswege zum Abbau verdeckter Armut

- Auf welchen vorhandenen Erkenntnissen können wir aufbauen? (Stolpersteine, Herausforderungen, Erfolgsfaktoren ...)
- Welche guten Entwicklungen, Ansatzpunkte, Projekte gibt es bereits?
- Wie können wir in den Sozialämtern eine „Willkommensstruktur“ entwickeln?

- Welche Ermunterungsstrukturen eignen sich gut? (Personal motivieren etc.)
- Wie können wir dem Problem durch Öffentlichkeitsarbeit wirksam begegnen?

3. Durchgang: WER agiert – Rollen der Akteure

- Welche relevanten Akteure sollten welche Rollen wahrnehmen?
- Welche Potenziale stecken darin, welcher Nutzen würde erzielt?
- Was müsste dafür geschehen? (Barrieren beseitigen, konkrete Schritte, vorhandene Ressourcen besser nutzen, Vernetzung der Akteure verbessern)
- Welche Rolle kommt dem Land NRW zu?
- Wie kann das Land optimal agieren?
- Bilder, Vision zeichnen: die optimale Lösung

1.

KERNAUSSAGEN ①

WIE abbauen?

- ▶ Beim Bäcker stehen (hingehen)
- ▶ Vertrauenspersonen sensibilisieren
Ärzt, Einzelhandel, Kirche, Apo,
Religiösoseelsorger, Migrationsprojekte
- ▶ Niedrigschwellige Angebote
- ▶ Tag der offenen Tür,
- ▶ Werbespots / Entstigmatisierung / Bild
- ▶ Beratungscafé, Barrierefrei
- ▶ PE/OE; Wirtschaftliche Betrachtung
- ▶ Lotsensystem (im Stadtteil)

2.

KERNAUSSAGEN ③

WER agiert

- ▶ Vernetzung Betroffengruppen
- ▶ ALLE im Stadtteil
- ▶ Rolle Land Kommune
- Qual + Quant: Personalausstattung
- MA-Schulung (Softskills) Model Armut
- Koordinator: fließ. ins. be
- ~~Stab~~ Etablierung von Strukturen / Netzwerken
Leitbild MAIS
- Land soll Vernetzung zw. Kommunen treiben
- Kommunale Finanzausstattung
- Landesweite Förderprogramme, Piloten

Vertrauenspersonen



PRG/ISS/ISS

3.

KERNAUSSAGEN ①

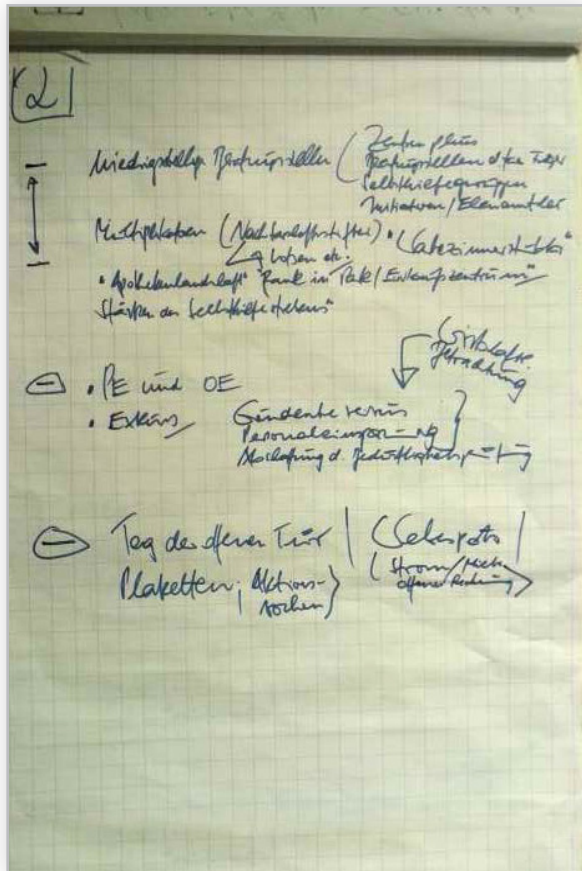
WEN wollen wir erreichen?

- ▶ Teilhabe Leben im Alter
statt nur Geld spielt Rolle
- ▶ Menschen an der Schwelle
- ▶ Alle Menschen in Not (Maslow) mit ungedeckten Bedarfen
- ▶ Die, die man nicht sieht
- ▶ Die, die Abends zum Bäcker gehen

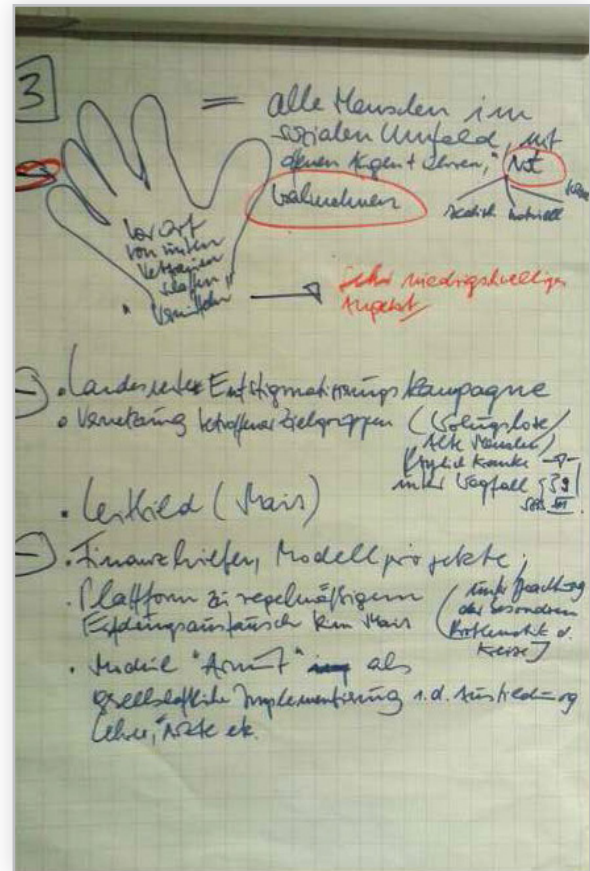
4.

1. Leben innerhalb des GGis; die, die
keine Mith. f. d. (ins. Aktivität); die, die
zum H. herankommen, zur Tafel gehen; welche
Erwartung d. Teilhabe, soziale Aktivität;
Alternativ alle die Leistungen berechnen;
2. -Länder: Zufällig; Länd. haben RV-Förderung;
Jugendberatung; freie Träger; Hilfen zur Erziehung;
Inform. ; jede Art Form v. Prof. u. Nicht-Prof. ; Nachbarn, Helfer;
3. -Mittel (vorläufige) Armut als
angenehm; zu nehmen, obwohl es ist; Standen;

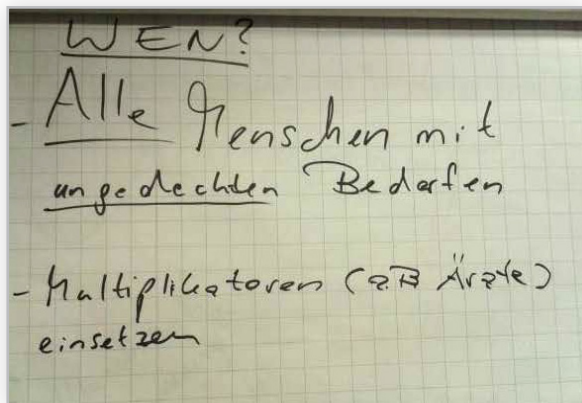
5.



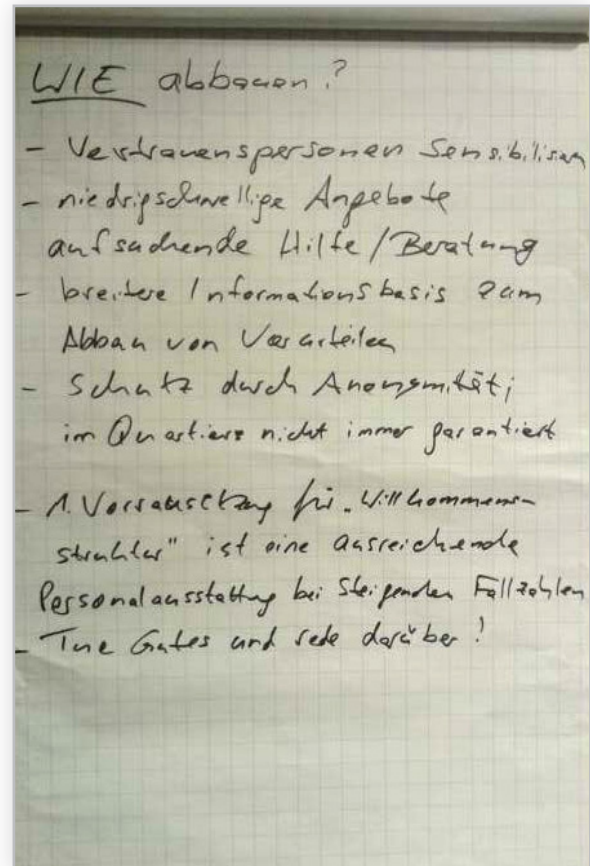
6.



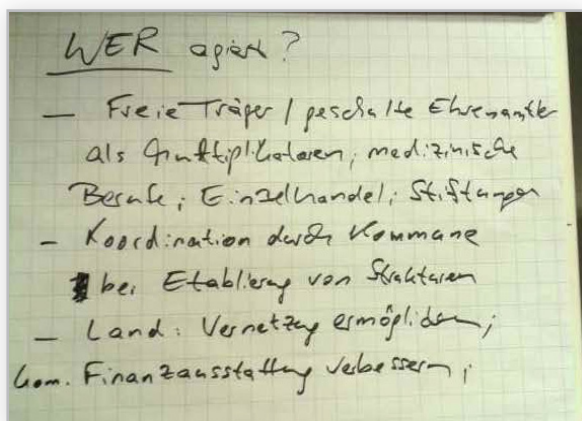
7.



8.



9.



10.

1. Alle: Die, die es brauchen
Alle: Menschen in Not!

Wunsch nach Veränderung?
Sicher wir gesucht danach? Harmonisierung zu tun.

Komm-Straßen
hundert dem Zugang

Problem ist da
dass wir kommen zu?

subjekt. u. materiell

Maßnahmen

ZAC-Projekt
Gefahr
Kör

Es gibt
auf der Handl. Hg. Maßnahme
noch in der Bg. 9. d. d.
Belastungen
Antrag und nicht in
Belastungen verfahren

PRG/Office

11.

Sozialraumanalyse

aufbauende Hilfe / Beratung auch
von SA / Juchas / Abschiebung von
San. d. von

geeignete Angebote einrichten
Notenprogramm / Mensch im
Stadtteil

Hilfssystem unterschiedlicher gestalten
Wohlfühlraum
mit der Bildwirkung antworten -> Infos

Zusammenkünfte von Leuten werden
darstellen
Infos, die wo Menschen sind

Entwicklung anderer Maßnahmen (Hilfe, Angebote,
Betreiber, Jugend, Jugend, Jugend)

Zugang zu den (Lage in SA / Juchas
als die Bewegung

PRG/Office

12.

Teilhabeförderung / Wie viel

KITA	Kinder	ARZT
SA	Kiosk	Schule
Bücher	Wald	Analyse

Personal fehlt
Zeit fehlt

Druckleistungsstände-
abstimmungen sind kosten-
produktiv

Veränderung des Arbeitsumschalt / Beratung nicht
nur nach Bedürfnissen

2. Land / Kommunen
qualitative u. quantitative Personalausstattung
zur Verfügung stellen

PRG/Office

13.

1. Durchgang

A - vorrangig Personen, die ihren
LU nicht aus eigenen Mitteln
bestreiten können, aber auch
diese, die - aus welchen Gründen
auch immer - keine Möglichkeit
zur "Teilhabe am Leben im
Alte" haben.

- Menschen an der Schwelle
der Bedürftigkeit

- unterschiedliche
Zielgruppen ->
RANDGRUPPEN (WCH,
Sucht...)

- Migrantinnen u. Migranten
besser informieren / erreichen

PRG/Office

14.

- B
- über Multiplikatoren (Wohlfahrtsverbände, Nachbarnschaftstifter)
 - Lotsen aus der
 - a) Zielgruppe (z.B. Senior-Spa-Club)
 - b) muttersprachliche Lotsen
- C
- Unterscheidung Kreis - kreisf. Stützpunkte

15.

- Durchgang 2
- A) - Erkenntnisse zum Umfang der "verdrängten Arbeit"
- Studie BMAS 30% zusätzlich zum bekannten PK
- B) - Alltagskontakte als Multiplikatoren nutzen
- Quartiersmanagement
 - Pressearbeit, Tel.-Hotline
- C) - Beratungscafé
- Lotsenfunktion (Menschen ansprechen und hinführen)
 - spezielle Fortbildung für MA
- D) - Tel.-Hotline,

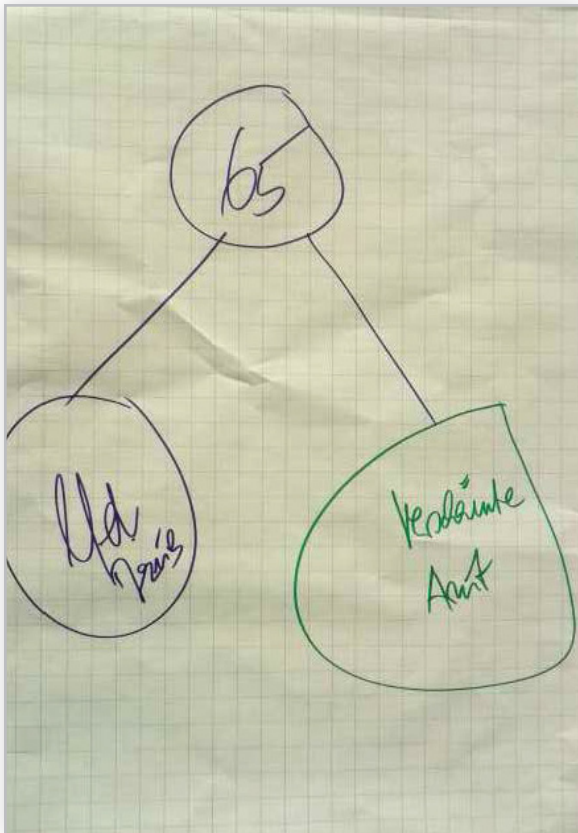
16.

- Durchgang 3
- A)
- örtl. SHT (Kreise, kreisf. Stützpunkte)
 - überörtl. SHT (LWL, LVR)
 - Ministerien (Land, Bundesl)
 - Wohlfahrtsverbände
 - Politik, ggf. mit Vorgaben für SHT
 - Ärzte, Apotheker, Nachbarnschaften, Schulen
- B)
- Beratungscafé
 - spezielle MA-Schulung
 - allumfassende Hilfestellung "aus einer Hand"
 - Multifunktionssachbearbeiter/in

17.



18.



Herausgeber
Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Fürstenwall 25
40219 Düsseldorf
Fax: 02 11/8 55 – 32 11
info@mais.nrw.de
www.mais.nrw.de

Gestaltung
Reviera GmbH, Essen

Druck
Hausdruckerei

Diese Publikation ist urheberrechtlich geschützt.
Jede Verwertung, die nicht ausdrücklich vom
Urheberrechtsgesetz zugelassen ist, bedarf der
vorherigen Zustimmung des Herausgebers.

Düsseldorf, Mai 2014

Diese Druckschrift wird im Rahmen der
Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung

Nordrhein-Westfalen herausgegeben. Sie darf
weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder
Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum
Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden.

Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und
Kommunalwahlen sowie auch für die Wahl der
Mitglieder des Europäischen Parlaments.

Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung
auf Wahlveranstaltungen und an Informations-
ständen der Parteien sowie das Einlegen,
Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer
Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist
gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke
der Wahlwerbung.

Eine Verwendung dieser Druckschrift durch
Parteien oder sie unterstützende Organisationen
ausschließlich zur Unterrichtung ihrer eigenen
Mitglieder bleibt hiervon unberührt. Unabhängig
davon, wann, auf welchem Wege und in welcher
Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugegan-
gen ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu
einer bevorstehenden Wahl nicht in einer Weise
verwendet werden, die als Parteinahme der
Landesregierung zugunsten einzelner politischer
Gruppen verstanden werden könnte.

The top half of the page features a large green rectangle. A red triangle is positioned at the bottom-left corner of this green area, pointing downwards and to the right.

Herausgeber
Ministerium für Arbeit, Integration und Soziales
des Landes Nordrhein-Westfalen
Fürstenwall 25
40219 Düsseldorf
Tel.: 02 11/8 55 – 5
Fax: 02 11/8 55 – 32 11
info@mais.nrw.de